

Migration als legitime Entscheidung, die nicht verhindert werden darf?

Dorothee Paulsen

Den Flüchtlingsrat trieb Zeit seines 30-jährigen Bestehens auch die Sorge um die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge um. Die Umsetzung verschiedener Projekte mündete im Jahr 2004 in die Gründung des eigenständigen Vormundschaftsvereins lifeline e.V. Die drängenden Problemlagen und die weitgehende Chancenlosigkeit dieser besonders vulnerablen Zielgruppe haben sich indes über die Jahre wenig verändert.

Europas gewalttätiges Grenzregime und nationale Perspektivenverweigerungs politik auf Kosten von Jugendlichen und Kindern

Juan Carlos Velasco widerspricht in seinem Werk „Der Zufall der Grenzen. Migrationspolitik, Staatsangehörigkeit und Gerechtigkeit“ der gängigen Annahme, es wäre Zufall, welche Chancen ein Mensch aufgrund seines Geburtsorts im Leben hat (<https://bit.ly/3gXzB5c>). Es ist nicht Zufall, so Velasco, dass Menschen, die an bestimmten Orten der Erde geboren wurden, unvergleichbar größere Chancen auf ein Leben in Sicherheit, auf Bildung und beruflichen Erfolg haben, als solche, die am „falschen“ Ort auf die Welt kamen – bzw. mit der „falschen“ Staatsangehörigkeit. Die Ungleichheiten, die durch die Aufteilung der Erde mittels Grenzen hergestellt und verfestigt wurden, mögen den Individuen als Zufall erscheinen. Hinter diesen von Menschen gezogenen Trennungslinien aber stand und steht ein klarer Machtwille, und sie können nicht einfach als Zufall betrachtet werden. Von Zufall zu sprechen würde, so Velasco, verhindern, dass diejenigen, die zu diesen strukturellen Bedingungen beitragen oder / und sie erhalten und von ihnen profitieren, zur Verantwortung gezogen werden.

Viele junge Menschen, die ohne eigenes Zutun am falschen Ort der Erde geboren wurden, müssen mit aller Kraft darum kämpfen, überhaupt hier sein zu dürfen. Zu Ängsten, Schlafstörungen und der Sorge um die Familie, die manchmal noch im Heimatland, manchmal irgendwo an unbekanntem Ort verblieben ist, kommt der ständige Druck, erfolgreich sein zu müssen: die Schule abzuschließen, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, die Ausbildung erfolgreich abzuschließen – eine Ausbildung, die oft nicht aus Interesse, sondern aus Not gewählt wurde.

„Ich muss einen Ausbildungsplatz finden. Irgendetwas. Egal. Hauptsache eine Ausbil-

dung. Sonst bekomme ich keine Aufenthaltserlaubnis“ (junger Geflüchteter). Die Fragen „Was interessiert dich?“ oder „In welchem Beruf würdest du gerne arbeiten?“ stoßen auf Unverständnis. Die eigenen Interessen, Wünsche, Träume? Irrelevant. Es geht um das pure Bleiberecht.

Ist es zu viel verlangt, in Sicherheit leben zu wollen?

„Wenn ich die Jugendlichen in Deutschland sehe, dann sehe ich 15- oder 16-jährige Jungen und Mädchen. Wenn ich die Jugendlichen aus Afghanistan sehe, sehe ich in alte Gesichter. Warum stellen sie mir so viele Fragen? (bei der Anhörung beim BAMF Anmerkung der Autorin.) Wenn ich in meinem Land bleibe, werde ich getötet oder muss töten. ... Ich möchte nur zur Schule gehen und lernen. Warum haben sie dieses Recht und ich nicht?“ (jugendlicher Geflüchteter).

„Ich brauche einen Aufenthaltstitel. Ich kann es nicht mehr ertragen, mit einer Duldung zu leben. Mein Leben lang war ich Flüchtling. Ich war immer weniger wert als die anderen. Weißt du, eine Pizza kostet ca. 10 Euro. Ich habe das Gefühl ich bin nicht mal eine Pizza wert.“ (junger Geflüchteter).

„Ich kann meine Pläne nicht verwirklichen. Ich finde nicht mal eine Wohnung. Mit einer Duldung bin ich nichts, niemand. Ich will lernen, arbeiten, heiraten. Aber mit einer Duldung kann ich das alles nicht. Ich lebe in Angst, Unsicherheit. Wo soll ich denn hin? In meinem Land werde ich getötet.“ (junger Geflüchteter).

Die Duldung ist die NICHT-Perspektive

Solche und ähnliche Aussagen kommen von jungen Menschen, die als unbegleitete

minderjährige Geflüchtete nach Deutschland gekommen sind, und denen die belastende Anhörung im Asylverfahren noch bevorsteht oder die – was immer häufiger vorkommt – nach der Ablehnung ihres Asylantrags mit einer Duldung dastehen.

In der Regel dreht sich ihr gesamtes Denken um diese Situation, die im Grunde die aufenthaltsrechtliche Inexistenz darstellt: eine Duldung ist kein Aufenthaltstitel, es ist die Aufforderung zur Ausreise – nur zeitweise ausgesetzt. Sie ist die Nicht-Perspektive. Empfundene als würdelos.

Die Hindernisse auf dem Weg zu einem sicheren Bleiberecht und damit verbunden die Schwierigkeiten Perspektiven zu entwerfen, Lebenspläne zu verfolgen, verweisen die jungen Menschen in ein Leben in der Warteschleife. In der besonderen entwicklungspsychologischen Lebensphase der Jugend und des Heranwachsenden, in der Menschen ihre Identität entwerfen, sich in der Welt einzuordnen und ihren Platz zu finden versuchen, ist dieser im wahrsten Sinne des Wortes fehlende Platz eine schwer zu überwindende Barriere für den gesamten Lebensentwurf. Die Entwicklungsaufgaben können so kaum bewältigt werden.

Ist das politisch gewollt?

Die Staatsangehörigkeit – oder genauer, der Besitz einer bestimmten verwaltungsrechtlichen Dokumentation – dient in vielen Fällen als Indikator für die Möglichkeiten die jemand hat, Zugang zu entscheidenden Vorteilen für die Entwicklung seiner persönlichen Fähigkeiten zu erlangen, angefangen bei der Möglichkeit, die geeignete Bildung und Ausbildung zu absolvieren oder eine adäquate berufliche Laufbahn zu ergreifen. Damit wird, wie Velasco sagt, deutlich, dass Grenzen nicht nur jene territorialen Trennungslinien sind, die die Bewegungen von Personen zwischen den Staaten zu beschränken versuchen, sondern auch jene Markierungen, die die Trennungslinien für die soziale Inklusion oder Ausgrenzung ziehen.

Der Geburtsort und im Allgemeinen die Staatszugehörigkeit scheinen ein legitimes Kriterium geworden zu sein, nach dem man die Menschen in diejenigen einteilen darf, die ein Recht darauf haben, ein erfülltes Leben innerhalb der begünstigtesten Gesellschaften zu verwirklichen, und diejenigen, die darauf kein Recht haben.

Dabei ist der Geburtsort moralisch irrelevant, genauso wie die Geschlechtszugehörigkeit oder die Volkszugehörigkeit. Es ist daher nicht zu rechtfertigen, dass aus dieser Eigenschaft derartige Ungleichheiten in den Möglichkeiten für ein erfülltes Leben entstehen.



Team lifeline beim Rote Hilfe Fußballturnier

Velasco fordert daher, den Blickwinkel auf die „Opfer dieser Prozesse“ zu ändern, und unter diesen sind diejenigen, die ihre Herkunftsländer verlassen, um sich in anderen niederzulassen: „Wenn die strukturellen Bedingungen zu solch verheerenden Folgen für ihr Leben führen, sollte die Entscheidung zu migrieren als eine praktische Form angesehen werden, diesem Fatalismus, in einem benachteiligten und politisch instabilen Land geboren zu sein, zu widersprechen. Die Migration sollte also als eine legitime Entscheidung angesehen werden, die grundsätzlich nicht verhindert werden darf.“

Die Entscheidung, aus dem Herkunftsland zu fliehen, sich in einem anderen Land niederzulassen, um diesen strukturellen Bedingungen zu entkommen, sollte demnach als legitim angesehen werden, und die Möglichkeiten diesen Bedingungen zu entkommen gegeben werden.

Massenweise illegale Push-backs und deren Straftlosigkeit

Dem steht die aktuelle Migrationspolitik der EU, die sich seit Jahren abzeichnet, und die mit dem Migrationspakt fortgesetzt wird, vollkommen entgegen: Sie zeugt davon, dass es politisch gewollt ist, dass Menschen ihren Bedingungen nicht entkommen können. Auf Kosten der Kinder und Jugendlichen, die der Alternativlosigkeit entfliehen, werden die Grenzen, die aus Machtwillen gezogen wurden, mit aller Macht verteidigt.

Aktuelle Berichte über massenweise illegale Push-backs und die fehlende strafrechtliche Verfolgung dieser Menschenrechtsverletzungen, das stillschweigende Wegsehen der europäischen Staaten, zeugen davon, dass dieser politische Machterhaltungswille sich fortsetzt und sich auch über völkerrechtliche Vereinbarungen hinwegsetzt (<https://bit.ly/3aWEvwm>).

Es ist dringend notwendig, dass in Deutschland und Europa die Forderungen viel lauter werden, sich mit dem Machtungleichgewicht, mit den globalen Zusammenhängen von Migration auseinanderzusetzen

und in diesem Zusammenhang einzufordern, dass Deutschland und Europa der Verantwortung, insbesondere gegenüber den Schutz suchenden Minderjährigen, gerecht werden.

Es ist NICHT Zufall, dass diese Kinder und Jugendlichen unvergleichbar weniger Chancen haben, ihre persönlichen Fähigkeiten zu entwickeln. Es ist das Ergebnis des Machtwillens, und das Allermindeste wäre daher, dass dort, wo von diesen Grenzen profitiert wird, den Geflüchteten ihre legitime Suche nach Alternativen ermöglicht wird, und dass den jungen Menschen ein Platz gegeben wird. Dazu braucht es politischen Willen.

Dorothee Paulsen ist Mitarbeiterin beim lifeline – Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V. www.lifeline-frsh.de